

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

64. Sitzung

Berlin, Freitag, den 26. September 2003

Tagesordnungspunkt 19:

- a) – Zweite und dritte Beratung des von den Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zu Reformen am Arbeitsmarkt** (Drucksachen 15/1204, 15/1587, 15/1588)

5478 ;

- Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zu Reformen am Arbeitsmarkt** (Drucksachen 15/1509, 15/1587, 15/1588)

5478 ;

- Zweite und dritte Beratung des von der Fraktion der CDU/CSU eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Modernisierung des Arbeitsrechts (ArbRModG)** (Drucksachen 15/1182, 15/1587, 15/1588)

5478 :

- Zweite und dritte Beratung des von den Abgeordneten Rainer Brüderle, Dirk Niebel, weiteren Abgeordneten und der Fraktion der FDP eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Sicherung betrieblicher Bündnisse für Arbeit** (Drucksachen 15/1225, 15/1587, 15/1588)

5478 :

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt die Kollegin Petra Pau.

Petra Pau (fraktionslos):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir debattieren heute über weitere Maßnahmen aus dem so genannten Hartz-Paket. Das Paket werde, so die rot-grüne Werbung, die Arbeitslosigkeit massiv senken. Ich wiederhole für die PDS im Bundestag: Das Gegenteil wird eintreten.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Heute geht es vor allem um drei Punkte: Der Kündigungsschutz soll vermindert werden. Die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes soll verkürzt werden. Das Tarifrecht soll gelockert werden. Allein diese Aufzählung zeigt, wo Sie den Hebel oder – besser – den Hobel ansetzen, nämlich bei den Arbeitnehmern und bei den Arbeitslosen. Sie wissen, dass wir das für falsch und für unsozial halten.

Sie wollen die Dauer des Anrechts auf **Arbeitslosengeld** auf zwölf Monate begrenzen. Damit folgen Sie dem Trugbild vom faulen Arbeitslosen, der durch Entzug zur Arbeit gezwungen werden muss. Sie erzählen hier auch

Märchen – so wie heute wieder geschehen –, indem Sie uns vorgaukeln, zwei Jahre nach Ablauf der ersten Übergangsfrist würde sich grundsätzlich etwas an der Situation geändert haben, es würden millionenfach Arbeitsplätze geschaffen worden sein, auf die Arbeitslose, auch solche über 50 Jahre, vermittelt werden könnten. Ich habe hier schon mehrfach vorgetragen, wie weltfremd Ihr Ansatz und wie ungerecht Ihr Vorgehen ist. Das Resultat werden nicht weniger Arbeitslose, sondern mehr Arbeitslose in Armut sein – ein zynisches Konzept.

Der **Kündigungsschutz** soll gelockert werden. Dies entlaste in schweren Zeiten und erleichtere Einstellungen in guten Zeiten, sagen Sie. Das Argument klingt erst einmal logisch, es hat nur zwei grundsätzliche Macken: Es macht Arbeitnehmer zum ungeschützten Spielball für Unternehmer und es beschleunigt die Abwärtsspirale für abhängig Beschäftigte.

Schließlich wollen Sie mit dem heute zur Diskussion stehenden Teil des Gesetzespakets das geltende **Tarifrecht** brechen. Bisher gelten Tarife bundesweit. Das stärkt den sozialen Frieden und den Standort. Es schützt den Wettbewerb und vor Dumping. Aus Sicht der Arbeitnehmer bedeutet das Tarifrecht: Es schützt vor Willkür und ungehemmter Ausbeutung und es folgt Werten wie sozialer Gerechtigkeit und Solidarität. Das alles steht heute zur rot-grünen Disposition.

Nun kennen wir alle Situationen, in denen eine Ausnahme von der Regel durchaus hilfreich sein kann – aber eben als Ausnahme, nicht als Regel. Schauen Sie auf die neuen Bundesländer: Dort sind die Ausnahmen West schon längst die Regel Ost, dort sind die Löhne niedriger, dort sind die Arbeitsverhältnisse ungeschützt und dort ist die Arbeitslosigkeit höher.

Deshalb hat die PDS im Juni ein Alternativprogramm für die neuen Bundesländer zur Debatte gestellt. Es ist ein Grundfehler, dieses einfach als Ostprodukt abzutun. Wenn ich durch die alten Bundesländer toure und zum Osten befragt werden, dann sage ich immer: Der Osten ist eure Zukunft. Ihr könnt wählen zwischen einem Pflegefall und einem Zukunftsprojekt.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Wer allerdings das Hartz-Konzept als Zukunftsprojekt verkaufen will, ist schlicht ein krimineller Hausierer.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos] – Zurufe von der SPD: Oh!)